

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/797 mit 18/801, 18/803 mit 18/815),

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Friedl. – Als Nächster erteile ich ebenfalls für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordneten Rosi Steinberger das Wort.

(Zuruf von der CSU)

Rosi Steinberger (GRÜNE): Wir haben so viele Leute, die zu diesem Thema gut reden können, darum kommen Sie hier in den Genuss. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Haushaltsentwurf der Staatsregierung finde ich nichts Neues und vor allem nichts Zukunftsweisendes, nicht im Bereich des Umweltministeriums und auch nicht beim Verbraucherschutz. Dabei ist der Verbraucherschutz für alle Bürgerinnen und Bürger von immenser Wichtigkeit. Ich möchte nur an die Digitalisierung erinnern. Es gibt neue Herausforderungen. Wie schnell hat man im Internet einen Vertrag abgeschlossen, ohne die AGBs zu lesen. Offen gestanden, ich kenne niemanden, der die seitenlangen AGBs gelesen hat.

(Florian von Brunn (SPD): Doch, Prof. Hahn!)

Gerade deshalb ist eine ordentliche Ausstattung der Verbraucherverbände umso wichtiger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn die Verbraucherverbände beraten uns in diesen Angelegenheiten. Nun hat die Staatsregierung ein Pilotprojekt aufgelegt – der Kollege Bachhuber hat es noch erwähnt –, das sich mit den Herausforderungen der Digitalisierung beschäftigt. Das ist viel Geld, um auszuloten, wo der Schuh drückt. Das hätte man auch billiger haben können, indem man nämlich diejenigen gefragt hätte, die tagtäglich mit diesen Problemen konfrontiert sind: die Verbraucherverbände. Sie können einfach auf die Homepage schauen; dann sehen Sie viele Informationen, was dort tagtäglich schon geleistet wird. Aber wir brauchen eigentlich kein Pilotprojekt. Die Verbände brauchen ausreichende Mittel für Personal, Miete und andere Ausgaben, zum Beispiel die Prozesskosten. Da gibt es echten Handlungsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verbraucherverbände sind nur die Spitze des Eisbergs. Im Haushaltsentwurf der Staatsregierung gibt es noch viele weitere Enttäuschungen. Sehr enttäuscht hat uns zum Beispiel die mangelnde Unterstützung der Tierheime. Dabei sollte doch inzwischen jedem klar geworden sein, wie wichtig diese Einrichtungen sind und wie groß der Bedarf bayernweit ist. Diese eine Million Euro, Kollege Bachhuber, ist wirklich nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann noch so viele gute Gesetze erlassen, aber man muss dann auch dafür sorgen, dass sie durchgesetzt werden. Hier haben wir in Bayern eine Dauerbaustelle. In vielen Bereichen gibt es einfach zu wenig Personal, um den Vollzug zu gewährleisten. Ich möchte nur an das Volksbegehren erinnern; für die Umsetzung dieser Beschlüsse brauchen wir jede Menge neuer Stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kollege Bachhuber, wenn Sie darauf hinweisen, dass es im Haushalt viele neue Stellen gibt – wir haben 78 neue Stellen ausgerechnet –, dann müssen Sie gegenrechnen, wie viele Stellen gestrichen worden sind, nämlich 65. Unter dem Strich schaut das Ganze dann lange nicht mehr so gut aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Mangel betrifft zum Beispiel die unteren Naturschutzbehörden. Kollege Friedl hat es schon gesagt: Bei den Wasserwirtschaftsämtern und den Gewerbeaufsichtsämtern kürzen Sie sogar das Personal. Wie sollen denn die ihre Aufgaben erledigen? – Die Veterinärverwaltungen sind immer noch zu schlecht ausgestattet. Am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit herrscht weiter Mangel. Dabei hat der Bayern-Ei-Skandal eines gezeigt: Wir brauchen dringend mehr Personal, und zwar in allen Bereichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Petition hinweisen, die im letzten Jahr mehr Personal für das Labor des LGL gefordert hat. Diese Petition wurde vom Umweltausschuss mit dem Votum "Würdigung" an das Umweltministerium weitergeleitet. Es hat aber nichts gefruchtet. Dem Wunsch konnte nicht entsprochen werden, hat Umweltminister Glauber uns vor Kurzem mitgeteilt. Ich stelle fest, Herr Kollege Bachhuber, wenn Sie sagen, alle Wünsche des Umweltministers wurden erfüllt, dieser Wunsch wurde nicht erfüllt. Deshalb unser Fazit: Die wirklichen Probleme werden nicht angegangen, die Schwerpunkte falsch gesetzt. Der Umwelt- und Verbraucherschutz hätte mehr verdient als nur Almosen. Mehr gibt der Haushaltsentwurf der Staatsregierung aber leider nicht her.

(Beifall bei den GRÜNEN)